



KAPITAL

In der Klimapolitik sollten wir nicht auf Aktivisten, sondern auf Ökonomen hören. Doch die kommen kaum zu Wort. Warum ist das so?

Gefährliche Märchen

Von
JOACHIM WEIMANN

Illustrationen
ALEXANDER GLANDIEN





Es gab Zeiten, in denen wurden die großen Fragen der Zeit in parlamentarischen Debatten verhandelt und entschieden. Ich erinnere mich noch genau an das Jahr 1972. Ich war 16 Jahre alt und besuchte ein Internat. Im April kam es zum konstruktiven Misstrauensantrag gegen Willy Brandt und dessen Ostpolitik. Die Bundestagsdebatte und die anschließende Abstimmung wurden live im Fernsehen übertragen, und alle Schüler hatten sich im Speisesaal versammelt, um zuzusehen. Brandt war unter uns sehr beliebt, und so brach nach der Ablehnung des Misstrauensvotums lauter Jubel los. Man kam sich vor wie im Fußballstadion, wenn ein Tor fällt.

Diese Zeiten sind lange vorbei. Heute entscheiden sich Debatten in Talkshows und in den sozialen Medien. Ausgetauscht werden keine ausgefeilten Argumentationen, sondern Schlagworte und Narrative. Einfache Geschichten, die uns die Welt erklären, die wir in ihrer Komplexität schon lange nicht mehr verstehen. Wir lösen das Plastikproblem der Weltmeere, indem wir Strohhalme und Plastiktüten verbieten, das Klimaproblem mit dem Neun-Euro-Ticket und Windrädern in Deutschland. So hat sich der politische Wettbewerb in eine Schlacht der Narrative verwandelt. Ohne sie kommen wir nicht mehr aus, denn niemand ist in der Lage, ein tiefes Verständnis für alles das zu erlangen, worüber wir bei einer Wahl abstimmen. Das Problem: Es gibt gute, schlechte und sehr schlechte Narrative. Und leider setzen sich oft die schlechten bis sehr schlechten durch. Das ist in der Klimapolitik besonders deutlich ausgeprägt. Deshalb will ich die Gefahren einer von Narrativen geleiteten Demokratie an diesem Beispiel erklären.

BEI KLIMAPOLITIK geht es nicht um Naturwissenschaft, also um die Frage, ob es den Klimawandel gibt und ob Menschen dafür verantwortlich sind. Diese Fragen betrachten wir als geklärt und verweisen dazu auf die Sachstandsberichte des Weltklimarats (IPCC). Es geht vielmehr um die Frage, welche politischen Maßnahmen eine gute Antwort auf die Herausforderung der globalen Erwärmung sind. Es gibt drei Narrative, die dabei eine Rolle spielen: das gute Narrativ der Wissenschaft, bei dem das beste verfügbare Wissen verwendet wird; das schlechte folkloristische, das politisch vorherrscht und das auf wissenschaftlich verfügbares Wissen größtenteils verzichtet; und das sehr schlechte Narrativ der Klimaaktivisten. Stellen wir diese drei Kandidaten einmal gegeneinander und vergleichen sie.

Beginnen wir mit dem wissenschaftlichen Narrativ. Die Frage, wie man Wirtschaft und Gesellschaft so verändert, dass sie mit sehr viel weniger fossilen Brennstoffen zurechtkommen, richtet sich an Ökonomen und andere Gesellschaftswissenschaften, wobei die Ökonomik zu Recht die stärkste Rolle spielt. Das zu lösende Problem lässt sich leicht beschreiben. Zentral sind drei empirische Tatsachen. Erstens, wir müssen sehr viel CO₂ einsparen. Zweitens, für diese Einsparung müssen wertvolle und knappe Ressourcen eingesetzt werden. Drittens, die Menge an Ressourcen, die dafür zur Verfügung stehen, ist begrenzt.

Wenn wir diese drei Dinge voraussetzen, wird klar, was rationale Klimapolitik bedeutet: die Vermeidung von CO₂ so zu organisieren, dass die eingesparte Menge pro eingesetzter Ressourceneinheit (stellen Sie sich eine Million Euro vor) maximal wird. Das ist nichts anderes als das altbekannte ökonomische Prinzip. Ökonomen sprechen in diesem Fall von Kosteneffizienz der Vermeidung. Jede Abweichung von diesem Prinzip bedeutet, dass wir mit den eingesetzten Mitteln weniger vermeiden, als wir hätten vermeiden können. Das kann nicht vernünftig sein.

Die knifflige Frage ist, wie man das ökonomische Prinzip auf das Klimaproblem überträgt, also wie man die Vermeidung von CO₂ so organisiert, dass eine kosteneffiziente Lösung dabei herauskommt. Auf den ersten Blick ein schwieriges bis unmögliches Unterfangen. Denn wie sollen staatliche Klimaschutz-Planer wissen, an welcher Quelle,

**Wir brauchen
Kosteneffizienz.
Sonst vermeiden
wir weniger CO₂,
als wir hätten
vermeiden können**

an welchem Schornstein oder welchem Auspuff die Einsparung von CO₂ gerade am kostengünstigsten zu realisieren ist? Diese Information kann der Planer nicht bekommen. Die Emittenten würden sie niemals wahrheitsgemäß offenbaren.

Doch Ökonomen kennen einen Weg, auf dem Kosteneffizienz zu erreichen ist: Man führt einen Preis für CO₂-Emissionen ein, der überall gleich ist, egal, woher das CO₂ stammt. Das hat folgenden Effekt: Jeder, der Kohlendioxid ausstößt, wird sich überlegen, ob es günstiger ist, den Preis zu zahlen oder den Ausstoß zu vermeiden. Und er wird das wählen, was ihn besserstellt. Anders ausgedrückt: Er wird so lange CO₂-Emissionen vermeiden, solange die Kosten dafür unter dem Preis liegen. Erst wenn sie den Preis erreichen, wird er mit der Vermeidung aufhören. Am Ende werden überall die Grenzvermeidungskosten gleich dem Preis sein – und das ist die Bedingung, die sicherstellt, dass wir in einer kosteneffizienten Situation sind.

Es gibt zwei Möglichkeiten, einen CO₂-Preis zu schaffen. Entweder durch eine Steuer oder durch einen Handel mit Emissionsrechten. Bei der Steuer ist die Sache ziemlich klar: Die Politik legt den Steuersatz fest und bestimmt damit den Preis für CO₂. Wie viele Emissionen eingespart werden, hängt von der Höhe des Preises ab. Je höher der Preis, desto mehr wird eingespart. Bei einem Preis, der auf dem Markt für Emissionsrechte entsteht, sieht das anders aus. Um das zu verstehen, muss man wissen, wie der Emissionshandel in der Praxis funktioniert.

EIN EMISSION TRADING SYSTEM (ETS) besteht aus zwei Stufen. Auf der ersten Stufe wird festgelegt, welche Emittenten dem Handel unterliegen und wie viel CO₂ alle diese Emittenten zusammen pro Jahr emittieren dürfen. Die zulässige CO₂-Menge wird also auf die Tonne genau festgezurr. Und das legt zugleich fest, wie viel Kohlendioxid eingespart werden muss, um diese Menge nicht zu überschreiten. Auf der ersten Stufe wird damit das ökologische Ziel des Emissionshandels definiert und zugleich verbindlich durchgesetzt. Denn es werden nur in dem zuvor festgelegten Umfang Emissionsrechte ausgegeben. Und jeder, der CO₂ emittieren möchte, braucht ein solches Recht.

Auf der zweiten Stufe des ETS geht es darum, dass die zuvor festgelegte CO₂-Reduktion zu minimalen Kosten erfolgt. Das erreicht man dadurch, dass man die Emissionsrechte handelbar macht. Der Handel sorgt dafür, dass diejenigen Quellen, die Emissionen zu geringen Kosten vermeiden können, einen Anreiz erhalten, genau

Selbst im Europäischen Parlament versteht man die Grundidee des Emissionshandels nicht

das zu tun und die Rechte, die sie dann nicht mehr benötigen, an diejenigen zu verkaufen, die hohe Vermeidungskosten haben. So entsteht ein Preis, der signalisiert, wie hoch die Grenzvermeidungskosten sind, wenn man die politisch vorgegebene CO₂-Einsparung umsetzt. Im Gleichgewicht des Marktes finden alle CO₂-Vermeidungen zu Grenzvermeidungskosten statt, die dem Marktpreis für ein Emissionsrecht entsprechen – wir sind also wieder im Kostenminimum.

Sie sehen, das wissenschaftliche Narrativ ist selbst in seiner einfachsten Form nicht ganz trivial. Wie wenig es verstanden wird, hat unlängst die Europäische Union bewiesen. Als sich die Mitgliedsländer im Dezember 2022 auf eine Reform des Emissionshandels verständigten, gab die Pressestelle des Europaparlaments eine Mitteilung heraus, in der es hieß: „(Das ETS) setzt einen Preis für Treibhausgasemissionen fest und führt so zu deutlich niedrigeren EU-Emissionen. Die Industrie erhält einen Anreiz, ihre Emissionen zu verringern und in klimafreundliche Technologien zu investieren.“

Leider falsch. Das ETS legt eben gerade keinen Preis fest. Es beschränkt die Menge und realisiert dadurch die CO₂-Einsparung. Der Preis, der sich danach am Markt bildet, informiert lediglich darüber, zu welchen Kosten der Markt die vorgeschriebene Einsparung erreichen kann. Aber nicht nur die Pressestelle ist verwirrt, wenn es um den Emissionshandel geht. Die Inhalte der Reform lassen



darauf schließen, dass auch den EU-Parlamentariern nicht klar ist, wie ein CO₂-Preis zu gestalten ist, damit er zu einer kosteneffizienten Einsparung führt.

Zentrales Erfordernis ist dafür, dass es genau einen CO₂-Preis gibt, der überall gilt. Die Europäische Union hat allerdings beschlossen, ein ETS II einzuführen, das nur für Verkehr und Wärme gilt (und Teile der Industrie) und in dem es eine Preisobergrenze von 45 Euro geben soll. Eine solche Regelung ist ökonomisch sinnfrei und lässt sich nur durch massiven Lobbyeinfluss erklären.

Das wissenschaftliche Narrativ hat es in Parlamenten schwer, in Talkshows hat es keine Chance. Allein erklären zu wollen, dass der Preis für Emissionsrechte nicht hoch sein muss, damit der Emissionshandel funktioniert, ist nahezu aussichtslos. Dann auch noch klarzumachen, dass ein niedriger Emissionsrechtspreis eine gute Nachricht ist, wird nur bei Inkaufnahme erheblicher Beschimpfungen machbar sein. Dabei sagt uns der niedrige Preis, dass wir CO₂-Vermeidung zu geringen Kosten hinbekommen.

Ganz schwierig wird die Kommunikation, wenn man auf eine Nebenwirkung des Emissionshandels hinweist, die als „Wasserbetteffekt“ bekannt geworden ist. Was damit gemeint ist, betrifft Deutschland ganz besonders: Wenn man innerhalb des ETS lokal isolierte Klimapolitik betreibt und zusätzlich CO₂ einspart, hat das notwendigerweise zur Folge, dass die Emissionen an anderer Stelle im gleichen Umfang steigen. Denn lokale Maßnahmen ändern nichts an der Anzahl der Emissionsrechte. Wenn wir beispielsweise in Deutschland Windkraft einsetzen, werden die dadurch frei werdenden Emissionsrechte veräußert und in anderen EU-Ländern ausgeübt.

Wenn es um die CO₂-Ersparnis einer längeren Laufzeit der Atomkraftwerke geht, versteht die Bundesregierung diesen Effekt. Sie weist zu Recht darauf hin, dass ein abgeschaltetes AKW nicht dazu führt, dass in Europa mehr CO₂ emittiert wird. Dass das allerdings genauso für den Bau von Windkraft- und Fotovoltaikanlagen gilt, kommt nicht zur Sprache.

DAS FOLKLORISTISCHE NARRATIV der gängigen Klimapolitik tut sich in Talkshows sehr viel leichter. Es geht wie folgt: Wir müssen ohne Rücksicht darauf, was es uns kostet, überall so viel CO₂ einsparen wie möglich und unsere Energie ausschließlich aus erneuerbaren Quellen beziehen. Ziel muss es dabei sein, Deutschland so schnell wie möglich klimaneutral zu machen.

Jedes einzelne Element dieses Narrativs steht im Widerspruch zu der Forderung, mit den eingesetzten Ressourcen so viel Klimaschutz (CO₂-Reduktion) wie möglich zu erreichen. Eine nationale Klimapolitik ist kontraproduktiv, weil sie von vornherein die Möglichkeit ausschließt, Kostenunterschiede zwischen unterschiedlichen Ländern nutzbar zu machen. Deshalb steht ein Drittel aller europäischen Solaranlagen im sonnenarmen Deutschland.

Kosten zu ignorieren, ist nicht rational, wenn man die Welt vor dem Klimawandel schützen will. Überall Kohlendioxid zu sparen, ist nicht sinnvoll, weil es darauf ankommt, dort zu sparen, wo die Kosten am geringsten sind. Das heißt dort, wo man so viel CO₂-Reduktion wie möglich für sein Geld bekommt.

Die nationale Förderung erneuerbarer Energien ist erstens sehr teuer, zweitens sinnlos, weil damit kein CO₂ in Europa eingespart werden kann, und führt drittens zu erheblichen externen Kosten. Selbst das Ziel, Deutschland klimaneutral zu machen, ist nicht vernünftig, weil der dafür notwendige extreme Aufwand dann, wenn er an anderer Stelle geleistet würde, ein Vielfaches an CO₂-Einsparung erreichen könnte.

Alles das ändert nichts daran, dass das folkloristische Narrativ sehr erfolgreich ist. Es beherrscht die Debatte, die öffentliche Meinung und die Gesetzgebung. Diejenigen, die ihm anhängen, sind zutiefst von seiner Richtigkeit überzeugt und

**Nationale
Klimapolitik
ist teuer und
sinnlos. Dennoch
beherrscht sie
die öffentliche
Debatte**



verteidigen es deshalb mit allen Mitteln. In dieser Hinsicht unterscheidet sich das folkloristische Narrativ nur unwesentlich von dem sehr schlechten Narrativ der Klimaaktivisten.

MENSCHEN, DIE SICH AUF STRASSEN festkleben oder Kunstwerke beschädigen, um auf den Klimawandel aufmerksam zu machen, legitimieren ihr Handeln damit, dass sie behaupten, der Klimawandel führe in die Apokalypse und er ließe sich nur aufhalten, wenn jetzt sofort drastische Schritte eingeleitet würden. Worin genau diese Schritte bestehen, ist nicht ganz klar. Denn dass weder das Neun-Euro-Ticket noch Tempo 100 auf Autobahnen dazu taugen, den Klimawandel aufzuhalten, dürfte den Aktivisten bewusst sein.

Ihr Narrativ ist im Kern falsch, denn es gibt keine naturwissenschaftliche Evidenz dafür, dass wir dem Weltuntergang entgegensteuern. Jedenfalls steht davon nichts in den Berichten des IPCC. Im Gegenteil: Selbst in den Horrorszenarien, in denen davon ausgegangen wird, dass sich die jährliche CO₂-Emission in den nächsten 30 Jahren vervierfachen und die Temperaturen um durchschnittlich fünf Grad steigen, weisen die Projektionen immer noch ein positives Wachstum der Weltwirtschaft aus. Das soll nicht heißen, dass ein solcher Temperaturanstieg unproblematisch wäre.

Wir müssen klug handeln, um ihn unbedingt zu verhindern. Aber erstens ist er extrem unwahrscheinlich und zweitens würde selbst er nicht zur Apokalypse führen.

Das Gefährliche an dem Narrativ der Aktivisten ist, dass es der Eskalation den Weg bereitet. „Ihr wacht immer noch nicht auf? Dann müssen wir drastischer auf das Problem hinweisen!“ Diese Argumentation lässt sich als Endlosschleife abspielen. Auf jeder Stufe ist jede Maßnahme zum „Aufwecken“ der Gesellschaft legitim, denn schließlich geht es um die Rettung des Planeten.

Das Narrativ der Aktivisten ist sehr einfach und es ist falsch, aber es vermittelt denen, die daran glauben, das Gefühl großer Überlegenheit. Sie wissen mehr als die dummen Schafe, die immer noch nicht kapieren, welche Gefahr auf sie lauert. Überlegenes Wissen geht einher mit moralischer Überlegenheit und legitimiert praktisch jede Form von Widerstand. Vermittelt und verstärkt wird es in geschlossenen Gruppen, die sich martialische Namen geben und in denen sich die Mitglieder wechselseitig ihre Überlegenheit bestätigen.

Narrative beherrschen die Politik nicht nur beim Klimaschutz. Sie sind allgegenwärtig und das aus gutem Grund. Wir müssen durch Narrative informiert werden, und die Politik muss einfache Geschichten erzählen, weil sie sonst nicht



Buch zum Thema
Sind Demokratien überhaupt noch in der Lage, die richtigen Antworten auf komplexe Probleme

zu geben? Wie können wir uns vor verlockend einfachen, aber falschen Lösungsansätzen schützen?

Joachim Weimann: „Einfach zu einfach – Wie die leichten Lösungen unsere Demokratie bedrohen“, Springer 2022, 19,99 Euro.

zu uns durchdringt. Ohne Narrative geht es nicht, und es lohnt sich, darüber nachzudenken, warum das so ist.

Dabei stößt man schnell auf einen Widerspruch. Auf der einen Seite haben Menschen ein fundamentales Interesse daran zu verstehen, wie die Welt um sie herum funktioniert. Die Psychologen sprechen von einem „Sense-Making-Trieb“, der genauso stark ist wie der Sexualtrieb oder der Trieb, Hunger zu stillen. Auf der anderen Seite haben Menschen jedoch keinen Anreiz, die dafür notwendigen Informationen zu beschaffen, und meistens auch keine Lust dazu.

Der Anreiz fehlt, weil es sich bei einer demokratischen Wahl nicht lohnt, gut informiert zu sein. Das Gewicht der eigenen Stimme ist praktisch null, und deshalb ist es für die Qualität der zukünftigen Politik gleichgültig, wie gut informiert jemand zur Wahl geht. Aber selbst wenn der Sense-Making-Trieb bei einem Menschen so stark ausgeprägt ist, dass er versucht, die Welt wirklich zu verstehen, ändert das nicht viel, denn er wird scheitern. Die Welt ist für ein tatsächliches Verständnis zu komplex – und sie wird täglich komplizierter. Wir alle sind auf den meisten Gebieten Dilettanten.

Das bedeutet, dass wir den in uns wirkenden Sense-Making-Trieb nicht befriedigen können, weil wir das, was wir verstehen wollen, nicht verstehen können. Ein nicht befriedigter Trieb schreit nach Kompensation, nach einer Ersatzbefriedigung. Was das im Hinblick auf den Sense-Making-Trieb bedeutet, ist relativ gut erforscht.

Der Ersatz für das Weltverständnis besteht darin, dass wir uns mit einer Erklärung zufriedengeben. Wenn man uns ein Muster zeigt, nach dem die Welt gestrickt sein soll, und dieses Muster wirkt überzeugend, dann übernehmen wir es. Egal, wie simpel und falsch es ist. Geschichte und Gegenwart sind voller Beispiele für extrem einfache Welterklärungen, denen Menschen gefolgt sind und an denen sie sich bedingungslos orientiert haben. Und es sind stets die gleichen Mechanismen, die helfen, die Narrative zu stabilisieren.

An vorderster Stelle ist es der Umgang mit Information. In der Wissenschaft spricht man von „Informationsvermeidung“ und dem „Confirmation Bias“. Ersteres bezeichnet die bewusste Vermeidung von Informationsquellen, die geeignet sein könnten, die eigene Überzeugung, den Glauben an das Narrativ zu erschüttern. Zweiteres meint die Abwehr von solchen Informationen, die nicht der eigenen Überzeugung entsprechen.

Beide Mechanismen wirken besonders gut in Gruppen, die sich um ein Narrativ bilden. Solche Gruppen sind Meinungshäfen, in denen sich ihre Mitglieder wechselweise in ihrer Überzeugung bestärken, die Informationsabwehr organisieren und das Bewusstsein erzeugen, dass die Gruppe schon deshalb recht hat, weil es viele gibt, die die gleiche Überzeugung haben und dabei auf den gleichen Informationstand zurückgreifen. Im Ergebnis wissen alle in der Gruppe wenig, glauben aber, dass die Gruppe bestens informiert sei – vor allem besser als die Menschen außerhalb der Gruppe.

GRUPPEN, DIE SICH UM NARRATIVE SCHAREN, begegnen uns als religiöse Gemeinschaften, als Sekten, aber auch als politische Bewegungen. Durch das Internet und die sozialen Medien sind die Zahl solcher Gruppen und die Häufigkeit von Meinungshäfen und Echokammern stark gestiegen, weil es leicht geworden ist, Räume zu schaffen, in denen man vor störenden Informationen geschützt ist.

Diese Situation begünstigt vor allem die schlechten und die sehr schlechten Narrative. Die guten Narrative, die sich am besten verfügbaren Wissen orientieren, sind oft chancenlos, weil sie bei aller Vereinfachung zu komplex bleiben und zu viel Information voraussetzen. Die Folge ist, dass sich Narrative durchsetzen, die „einfach zu einfach“ sind, um unsere Probleme lösen zu können.



JOACHIM WEIMANN
 ist Professor für
 Volkswirtschaftslehre an
 der Universität Magdeburg.

1/1
212 x 280